

Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung.

Postzeitungspreisliste Nro. 1753.

Druck und Verlag von H. Müller-Bochum, Johannerstr. Nro. 22.

Für die Redaktion im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich Franz Hoforny-Bochum; mit H. gezeichnete Artikel verantwortet Otto Hue-Essen.

Anzeigen kosten die fünfspaltige Zeitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Bei 6maliger Aufnahme 25 Prozent Rabatt.

Abonnementspreis für Bergleute 40 Pfg. pro Monat; 1,20 M. pro Quartal frei ins Haus. Durch die Post bezogen pro Monat 1,50 M. pro Quartal 4,50 M. Einzelne Nummern kosten 1,- M.

Streiflichter auf das Knappschaftswesen

Interessante Darlegungen und Aufschlüsse über das Medizin- und Heilverfahren liefert uns der Verwaltungsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Barmen für das Jahr 1897. Unter der Aufsicht: Verwaltungsausgaben finden wir auch die Berechnung der Arzneikosten und deren Einfluß auf den Gesundheitszustand der Kassennmitglieder, statistisch berechnet. Bemerkenswert ist, daß die Rezeptreduktion und die Statistik dieser Kasse in den Händen des bewährten Arztes Herrn Dr. Landmann zu Elberfeld liegt. Es heißt in dem Bericht u. A.: So sind wir denn auch für das abgelaufene Jahr zu unserer Genugthuung in der Lage, zu berichten, daß ein weitaus rückgängiger Verlauf für Arzneien und Heilmittel stattgefunden hat und zwar ohne daß dadurch die Erkrankungsdauer im geringsten berührt worden wäre. Bevor wir die Zahlen, aus denen dies erhellt, hier mittheilen, wollen wir noch darauf hinweisen, daß wir, um unsere Resultate gegen jeden Einwand zu sichern, im Gegensatz zu früheren Veröffentlichungen diesmal die Berechnung der Arzneikosten pro Krankheitsfall in der Weise vorgenommen haben, daß wir von der Gesamtzahl aller Erkrankungen mit und ohne Erwerbsunfähigkeit, jedoch mit Ausschluß der in Krankenanstalten behandelten Patienten, deren Arzneikosten ja in den Anstaltskosten in die Erstattung treten, ausgegangen sind. Diese Ermittlung dürfte die zuverlässigste sein, die es giebt; die früher nach allgemeinem Brauch geübte Berechnung der Arzneikosten auf den einzelnen, mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfall erscheint aus dem Grunde nicht genügend exakt, weil, wie bereits aus den Betriebsergebnissen anderer Kassen bekannt geworden ist und neuerdings auch bei uns festgestellt wurde, das Verhältniß der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfällen zu den Fällen mit Erwerbsfähigkeit, und somit auch der auf diese beiden Gruppen entfallende Arzneikostenanteil, von einem Jahr zum andern schwankend ist. Ferner muß noch vorangemerkt werden, daß die frühere Feststellung der durchschnittlichen Erkrankungsdauer mit der jetzigen deshalb nicht übereinstimmt, weil, wie nachträglich die Wöchnerinnen-Unterstützungskasse irrtümlich als Krankheitsdauer gebucht worden sind. Uebnlich liegt die Sache bei den Arzneikosten pro Mitglied, die in Folge der früher nicht immer nach einheitlichen Grundsätzen ermittelten Jahresdurchschnittsziffer erst neuerdings definitiv festgestellt werden konnten. Darnach gestalten sich die Ergebnisse der letzten sechs Jahre auf diesem Gebiete wie folgt:

Table with columns: Jahr, Ausgaben für Arznei und Heilmittel (insgesamt, pro Mitglied, pro Fall), Dauer eines mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfalles (In der Behandlung des Krankenzustandes, Im Durchschnitt, Anstaltskosten incl. Pflegekosten).

Wenn nach diesen Feststellungen immer noch nicht die Augen darüber offen geben, daß Menge und Preis der Arznei auf den Verlauf und die Dauer der Krankheiten von gar keinem Einfluß sind, der dürfte mit unheilbarer Blindheit geschlagen sein: wer aber nur halb davon überzeugt sein sollte, dem wollen wir noch die fernere Thatsache vorführen, daß im vorigen Jahre bei der Kasse auch mehrere Hundert Patienten naturheilkundlich behandelt wurden, also überhaupt keine Arznei erhielten, und die Dauer dieser Fälle trotzdem kürzer war, als bei den arzneilich behandelten Kranken; eine Feststellung, die auch durch die Statistiken anderer Kassen bestätigt wird. Uebrigens ist die Verminderung der Arzneikosten in Wirklichkeit noch beträchtlicher, als sie nach obiger Aufstellung erscheint, weil in den letzten Jahren für Wälder vergleichsweise etwa doppelt soviel angewendet wurde, als früher; die eigentlichen Arzneikosten erleiden also dadurch noch eine weitere Einschränkung.

Nach solchen Erfahrungen dürfte der Kassenvorstand seine Aufgabe schlecht begriffen haben, wenn er nicht mit allem Nachdruck auf dem letzteren Wege weiter ginge. Denn abgesehen davon, daß der Wünderaufwand für Arzneien, wie bereits bemerkt, bis jetzt noch keinem Kranken Mitglied auch nur im geringsten geschadet hat, ist der materielle Nutzen, der durch die bisherige Verwaltungsprozedur auf diesem Gebiete erzielt wurde, ein deraußerordentlicher, daß der Vorstand würde, sich einer leichtfertigen Begeugung der Kassengelder schuldig zu machen, wenn er in Zukunft nur so weiter verfährt, als er bisher gehandelt hat. Denn wird von der Thatsache ausgegangen, daß bei der Gesamtheit der deutschen Ortskrankenkassen seit dem Jahre 1892 die durchschnittliche Krankheitsdauer und die Arzneikosten pro Fall, wenn nicht gestiegen, so doch jedenfalls nicht gesunken sind, und wird andererseits angenommen, der Stand der Arzneikosten bei unserer Kasse sei seit 1892 auch nur unverändert geblieben, so hätten wir zu veranschlagen gehabt:

Table with columns: im Jahre, Mitglieder, es wurden verausgabt (bei, 1893, 1894, 1895, 1896, 1897, insgef. 1893/97).

Also eine Entlastung des Arzneikostenbudgets um rund 100 000 M. ist das Gesamtergebnis der letzten sechs Verwaltungsjahre! Speziell für das letzte Jahr beträgt die Differenz gegen früher ca. 32 000; diesen Betrag haben wir also jetzt und in Zukunft alljährlich für anderweitige Leistungen zur Verfügung; er stellt somit, wenn man ihn mit 3 1/2 pCt. kapitalisiert, die regelmäßigen Zinsen eines Kapitals von ca. 900 000 Mark dar, um welchem Betrag in Wirklichkeit die Kasse heute reicher ist, als sie sein würde, wenn die früheren Zustände bei der Arzneiverforgung der Mitglieder bestehen geblieben wären. Thatsächlich ist aber das Resultat noch günstiger; denn es darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß in demselben Zeitraum die durchschnittliche Krankheitsdauer um ca. 6 Tage gesunken ist.

Soweit die Ausführungen des Herrn Dr. Landmann's zu dem Verwaltungsbericht. Bevor wir nun näher darauf eingehen, wollen wir gleichzeitig den Verwaltungsbericht des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum unseren Lesern vorführen, soweit sie mit oben Angeführtem in Betracht kommt. Auch hier finden wir die Arzneikosten zahlenmäßig festgestellt, nur ändert sich hier das Bild. Haben bei der Ortskrankenkasse zu Barmen die Ausgaben für Arzneien von Jahr zu Jahr eine Reduzierung erfahren, so ist im hiesigen Knappschaftsverein gerade das Gegentheil der Fall. Hier betragen (wir haben zur Grundlage unserer Berechnungen den Verwaltungsbericht des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum für das Jahr 1896 vor uns liegen) die Kosten für Arzneien und zwar

Table with columns: für Beschäftigte, Mitglieder, für Invaliden, 1896, 1895, 1894.

Table with columns: auf den Kopf der beschäftigten Mitglieder, auf den Kopf der Invaliden, auf den Krankheitsfall der beschäftigten Mitglieder, 1896, 1895, 1894.

Hier können wir auch die Kosten einer ärztlichen Verordnung anführen. Dieselbe stellt sich nach Abzug des von den Apotheken gewährten Rabatts auf 0,95 M. im Jahre 1896 und auf 0,93 M. im Jahre 1895. Im Jahre 1896 waren im Durchschnitt für den Knappschaftsverein täglich 1723 Rezepte fertig zu stellen; 1720 Rezepte im Jahre 1895. Also auch die Herren Apotheker erfreuten sich immer einer kleinen Zulage, welche Arbeit und Medizin sie dafür leisteten, darauf kommen wir noch zurück.

Die Dauer des Krankengeldbezugs (hier sind die ersten drei Tage und die Sonn- und Feiertage nicht mitgerechnet, da hier kein Krankengeld bezogen wird) auf 1 Krankheitsfall war

Table with columns: 1896, 1895, 1894.

a) bei den aktiven Mitgliedern 16 16 15 b) bei den Invaliden 28 29 26 Wir betonen nochmals, daß im Bericht der Barmer Kasse die ganze Dauer einer Krankheit in Betracht gezogen wird, während bei der Knappschaftskasse die ersten drei und die Sonn- und Feiertage nicht in Anrechnung kommen. Statt 16 Tage bei den aktiven Mitgliedern müßte es also 20-22 Tage heißen. Wir wollen auf weitere Zahlen verzichten. Was in den beiden Berichten festgestellt wird, ist, daß die hohen Auslagen für Medizin durchaus keine nützliche Einwirkung auf den Gesundheitszustand der gesamten Kassennmitglieder ausgeübt hat. Das wollen wir festlegen. Natürlich kommen auch hier Ausnahmen vor.

Der Verwaltungsbericht der Barmer Ortskrankenkasse steht glänzend auch gegen den Einwurf seltener der Kassennärzte, welche keine Reduzierung der Arzneikosten zulassen wollten, gerechtfertigt da. Ja noch weiter: man gah sogar seitens der Aufsichtsbehörde vor, in einem offiziellen Schreiben an dieser Kasse ihre Mißbilligung auszusprechen, daß in ihrem Bericht Propaganda für ein bestimmtes Heilverfahren getrieben worden sei. Das bestimmte Heilverfahren soll die Anwendung der Naturheilkunde sein. Die Verwaltung wehrt sich jedoch entschieden gegen diesen Vorwurf, aber sie glaubt die Pflicht gegenüber den Mitgliedern zu haben, nicht so ohne weiteres das Geld für nutzlose Medikamente zum Fenster hinauszuwerfen. Sie habe die Pflicht, für eine gute Verwendung der Kassengelder Sorge zu tragen, dieses sei ihre Mitglieder schuldig und werde auch weiter auf dieser Bahn voranschreiten.

Wir können der Verwaltung der Ortskrankenkasse v. Uebnlich Recht geben, in der Vertretung ihres Reichthums zeigt sie jedoch, daß in unserer Knappschaftskasse noch manches da ist, was in der Anwendung des Geldverbrauchs zu wünschen übrig läßt.

Wir wollen für heute von einer Kritik des Medizinalkassennführers in unserer Knappschaftskasse absehen, davon in nächster Nummer. Dort werden wir zeigen, wie angebracht unsere Forderung: Zulassung von Naturheilkundigen, für die Vergütung ist.

Wohlfahrts-Einrichtungen.

Eine der stets wiederkehrenden Einwendungen der Arbeitgeber auf die berechtigten Forderungen der Arbeiter geschieht mit dem Hinweis auf die sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen. Die Einrichtung der Kassen, Kolonien, Logishäuser usw. soll sogar herhalten um den Ueberfluß der Sozialpolitik darzutun. Es wurde sogar von der Bühne des Reichstages und Abgeordnetenhauses behauptet, ein weiteres Einschreiten des Staates im Interesse

der Arbeiter würde hinfällig, durch die von den großen Unternehmern bekundete Fürsorge für ihre Arbeiter.

Es ist dabei unstrittige Thatsache, daß verschiedene Unternehmungen in Bezug auf Kassen und sonstige Einrichtungen, wie Kolonien, Logishäuser, Stipendien, Krankenhäuser usw. ganz anständige und gewichtige Zahlensummen aufzuwickeln können. Ist damit aber der wirkliche Werth dieser Einrichtungen erwiesen? Ganz entschieden nicht. Gewöhnlich heißt es bei den Kundgebungen zur Einführung der „Wohlfahrts-Einrichtungen“, oder bei dem Lobgedel, mit welchem gedanklose Lobredner jede Schenkung oder Zuwendung zu den Unterstützungsstellen begleiten, daß alle diese Einrichtungen dazu dienen sollen, den Arbeiter unabhängig von den Unglücksfällen des Lebens zu machen. Der Arbeiter soll dadurch freier und sorgloser in die Zukunft schauen können!

Was aber ist die Folge dieser „beglückenden“ Einrichtungen? Gerade das Umgekehrte von dem trifft zu, was der Welt vorgegaukelt wird. Nichts ist mehr geeignet den Arbeiter willensloser und abhängiger zu machen, als die „berühmten“ sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen. Greifen wir zunächst die berühmtesten der Berühmten heraus, die Krupp'schen. Oben an die Pensionskasse, dazu bestimmt, den Arbeitsunfähigen eine gesicherte Zukunft zu garantieren. Das ist ja jetzt ganz schön! Aber man muß auf der Fabrik gearbeitet haben, um die demoralisierenden Wirkungen dieser Kasse würdigen zu können. Da ist zum Beispiel ein Arbeiter, der bereits 15 bis 20 Jahre auf der Fabrik thätig ist. Er besitzt vielleicht nicht das Wohlwollen seines Meisters, oder er macht sich eines kleinen Vergehens bei seiner Arbeit, oder in seinem Verhalten gegen einen Beamten schuldig; wann wird er im barischen Tone angefahren, wird beleidigt und ihm mit Entlassung gedroht. Der gerechte Unwille über die unwürdige Behandlung treibt ihn die Forderung ins Gesicht, er möchte dem verletzten Selbstbewußtsein Genugthuung verschaffen, aber es fällt wie Centnerlast auf seinem Herzen der Gedanke, daß bei evtl. Entlassung alle seine Rechte, die er durch jahrelange Beiträge zu der Pensionskasse erworben hat, verloren sind. Dies Bewußtsein drückt ihn nieder, er schweigt, schweigt auch dann, wenn ihm offenes Unrecht geschehen ist.

Würde er bei dem höheren Vorgelegten Beschwerde erheben, vielleicht würde er Recht bekommen und der Unterbeamte einen Prügel erhalten. Wer wird sich aber dieser Gefahr aussetzen, den Meister zum Feinde zu bekommen, der weiß ihm ja die Arbeit an, er kann ihn direkt schädigen. Bedeutungsvoller wird dies dadurch, daß grade nach dem Verdict der letzten Jahre die Pension besser wird und grade wegen dieser drückt er sich. Wie Viele hörten wir nicht, die in verletzter Menschwürde, mit Erbitterung im Herzen klagten, wenn ich nicht an der Pension dachte, wenn ich nicht die vielen Beiträge gezahlt hätte, dann, ja dann würde ich dies abscheuliche Joch abschütteln.

Und die jüngeren Arbeiter, die Neuzutretenden sehen diese Disziplin, sie sehen, daß hier unbedingter Gehorsam das erste Gesetz ist und schnell wandeln auch diese in dieselben Bahnen. Nichts wirkt ansteckender wie die Anechtlichkeit. Aber mit diesen unwürdigen Verhältnissen ist es nicht genug. Die Sucht nicht in Ungnade zu fallen, sondern möglichst lieb Kind zu sein, züchtet das erbärmlichste Demütigkeitsthum und die widerlichste Spethelleckerei. Unter der Einwirkung des Ohnmächtigkeitsgefühls und dem Begehren etwas von den Wohlfahrts-Einrichtungen abzubekommen, konnten die Krupp'schen Gehensgemeine mit den Meistern als Vorstehende, konnten „Rußläumstereckheiten“, wie sie bei Krupp in einer ganz besonderen Species im Flor sind, blühen.

Einen Beweis, daß man die Wirkung der sog. Wohlfahrts-Einrichtungen als Fessel für den Arbeiter wohl erkannte und zu würdigen weiß, gab man, als durch das Krankenkassengesetz die bezgl. Bestimmungen allgemein eingeführt werden mußten. Jetzt konnte man einzelnen aus dieser Kasse keine besondere Zuwendung mehr machen, wurde flugs eine Unterstützungsstelle neben der Krankenkasse eingerichtet. Die Letztere schraubte ihre Leistungen auf das gesetzliche Mindestmaß herab; zu der Unterstützungsstelle müssen allerdings auch Alle gleich zahlen, aber das Unrecht auf Bezüge ist nur ein bedingtes. Und darum wirkt auch diese Kasse grade wie die Pensionskasse auf Anechtlichkeit und Corruption hin.

Wie unsinnig es ist, mit solchen Einrichtungen die soziale Frage lösen zu wollen, dafür können wir auch wieder die „weltberühmte“ Krupp'sche Pensionskasse anführen. Rechnen wir für jeden der Neuzutretenden ein Einschreibegeld von M. 6,- so sind laut Rechnung der Geschäftsberichte in den letzten Jahren 1896 und 1897 rund 10770 Mitglieder zur Pensionskasse aufgenommen. Am Schlusse des Jahres weist der Geschäftsbericht pro 1897 aber nur eine Mitgliederzunahme von 2444 für die beiden in Betracht kommenden Jahre auf. Es sind demnach in diesen Jahren bei Anrechnung des Einschreibegeldes von 6 M. Einschreibegeld 8326 Arbeiter entlassen worden. Da aber nicht alle Entlassene 6 M. Einschreibegeld zahlen, ist die Zahl der Neuaufgenommenen und Wiederentlassenen wesentlich höher. Wir greifen sicher nicht zu hoch, wenn wir die Zahl der Entlassenen auf 9000 schätzen. Für die 9000, die innerhalb zweier Jahre eingetreten und wieder ausgeschieden sind dabei Einschreibegeld und Beiträge gezahlt haben, schwebt der Segen dieser „Wohlfahrts-Einrichtungen“ in den Wolken. Diese Leute haben lediglich das „Vergnügen“ gehabt, im Interesse der wenigen Glücklichen, zu denen sie eintritt das Dasein eines Pensionärs zu fristen, zu den Unterhaltungskosten beizutragen. Wenn nun unter den Entlassenen auch welche sind, die vielleicht nur wenige Wochen Beiträge leisteten, so sind auf der anderen Seite auch solche darunter, die der Kasse 5 ja 10 und mehr Jahre angehörten. Wir schätzen sicher nicht zu hoch, wenn wir die Leistungen an der Pensionskasse von den in den letzten beiden Jahren ausgeschiedenen Mitgliedern auf 400,000 Mark angeben.



Das ist ja gerade die Bedeutungslosigkeit dieser Klassen für die Allgemeinheit, daß mit der Entlassung von der Fabrik die mühsam gezahlten Rechte verloren gehen. Wenn diese Gefahr aber Jedem droht, besonders in Zeiten industrieller Krise, so ist es erklärlich, wenn bei solchen Einrichtungen Willenslosigkeit und Anrechtlosigkeit herrlicher geachtet werden kann.

Sollen Klassen wie die Gruppen-Pensionskasse eine soziale Bedeutung haben, dann müssen sie unabhängig von der Fabrik verwaltet werden und es müsste einem Leben, der einmal Mitglied der Klasse geworden ist, auch freistehen, durch Weiterzahlung der Beiträge ein Anrecht auf dieselbe zu behalten. In diesem Falle würde die Herrlichkeit allerdings schnell zusammenbrechen und dem begünstigten Lohndrucker dieser Klassen würde die soziale Bedeutungslosigkeit derselben bald klar werden. Eine soziale Bedeutung können diese Klassen nicht haben und das ist auch nicht ihr Zweck. Eine willenslose, gefühllose Arbeiterschaft will man sich damit erzielen und das wird erreicht damit, leider in nur zu großem Maße.

Die Knappschaffsklassen sind in dieser Hinsicht viel günstiger, sie können nicht so demoralisierend wirken und im Interesse der einzelnen Unternehmer ausgenutzt werden. Der Bergmann mag seine Arbeitsstelle wechseln, er bleibt Mitglied der Klasse. Selbst wenn er die Vergabe für eine Zeit ruhen läßt, kann er sich die Anrechte auf die Klasse sichern durch Zahlung des sogenannten Ferienbeitrages. Daß aber selbst bei der Mitverwaltung an der Knappschaffsklasse nicht den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen wird, das hat die Annahme des neuen Statuts bewiesen. Wie aber auch die Bergarbeiter um ihre so teuer erkauften Rechte kommen können, das haben die Piesberger Kohlenbergleute erfahren. Wenn sie sich nicht bedingungslos fügen wollten, weil sie ihre Rechte nicht schmälern lassen wollten, wurden ihnen die Anrechte auf die Knappschaffsklasse entzogen. (Das alles werden sich die Bergleute bei den kommenden Wahlen merken. D. Red.)

Ebenso wie die Klassen werden die sog. Werkwohnungen zu Ketten für den Arbeiter, die ihn willenlos an den Unternehmer schmiegen. Für den Inhaber solcher, in den meisten Fällen thatsächlich verhältnismäßig billigen Wohnungen wird dieser Vortheil doppelt aufgehoben durch die Abhängigkeit, in welche er gerät. Einen kleinen Wohnplatz läßt er sich widerstandslos gefallen, allein schon bei dem Gedanken, daß ein event. besserer Verdienst an anderer Stelle aufgehoben wird, weil dort auch ein höherer Miethspreis gezahlt werden muß. Er wird sich meist willenlos die unwürdige Behandlung gefallen lassen in dem Bewußtsein, sonst aus der billigen Wohnung entsetzt zu werden, ja, bei einer Entlassung der Gefahr ausgesetzt zu sein, plötzlich mit seinen Habsgütern auf dem Pflaster zu liegen. Diese traurige Erfahrung haben ja die streikenden Piesberger Bergleute, die Inhaber von Werkwohnungen waren, gemacht. Es wurde ihnen einfach die Mitteilung, daß sie innerhalb 14 Tagen die Wohnung zu räumen hätten.

So lange die sogenannten Wohlfahrtsvereine nicht unabhängig von den betreffenden Betriebsverwaltungen gestellt werden, so lange ein Konflikt auf der Grube oder Hütte die Entziehung der oft sogar durch jahrelange Beitragszahlungen erworbenen Rechte im Gefolge haben kann, so lange bilden diese Einrichtungen für die Arbeiterschaft nur ein Danaergeschenk, welches nicht ihr, sondern dem Unternehmer Vortheil bringt. Man gebe dem Arbeiter sein Recht und mit Freuden und zu jedem Heile kann er auf die „Wohlfahrten“ verzichten.

### Massenmaßregelungen in Oberschlesien.

Entgegen unserer sonstigen Praxis müssen wir für heute das Gebiet der Politik freilegen. Wir sind dazu gezwungen. Die obersteinstädtische Unternehmerschaft hat sich erdreistet, große Anzahlen tüchtiger und braver Kameraden wegen Dingen aus Brod und Arbeit zu jagen, die mit dem Arbeitsverhältnis nicht das Geringste zu thun haben: wegen ihrer politischen Haltung bei der letzten Reichstagswahl.

Daß die trotzigste und propädische Unternehmerschaft Deutschlands, die den Arbeitern die freie Bewegung in gewerkschaftlichen Dingen raubt und so das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln unterdrückt, auch vor dem jämmerlichen Miese der politischen Rechte der Arbeiter nicht Halt machen werde, galt uns von vornherein als selbstverständlich. Hatte sie es doch auch früher bereits durch Drohungen, Einschüchterungen, Entlassungen und andere gemeine Mittel dazu gebracht, daß die obersteinstädtischen Kameraden wider Willen die ihnen von oben her empfohlenen und aufgedrungenen Reichstagskandidaten wählten.

Bei der letzten Wahl lag die Sache jedoch anders als vor 5 Jahren. Schon lange vor den Wahlen war es klar, daß diesmal die Zahl der sozialdemokratischen Wähler eine bedeutend höhere als früher sein würde und daß die Furcht der Arbeiter, den sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben, zu einem großen Theile geschwunden sei. (Die Wahl hat diese Erwartung voll und ganz bestätigt: in den Wahlkreisen Benken-Darnowitz, Kattowitz-Babrze und Lublinitz-Jost-Gleiwitz ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 1053 im Jahre 1893 auf 20 150 in diesem Jahre gestiegen: Kandidaten waren Hermann Sachse aus Jostau, Franz Morawski aus Berlin und August Winter aus Königs-Hütte.) Es war angesichts dieser Lage von vornherein klar, daß eine neue Anwendung der Massenmaßregelungen der Unternehmerschaft nicht Vortheile, sondern nur Nachteile bringen müsse; war doch das Ansehen der Sozialdemokratie selbst schon der beste Beweis dafür, daß es die Unternehmerschaft nicht verstanden hatte, sich Freunde unter den Arbeitern zu schaffen.

Aber in Oberschlesien waren Unternehmer und Beamtenerschaft wie mit Blindheit geschlagen. Ohne sich die Folgen ihrer Handlungsweise im geringsten zu überlegen, fuhren sie, sobald sie merkten, daß die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie immer günstiger gegenüber wurde, mit dem Knüttel der Massenmaßregelungen los. Schon vor den Wahlen wurden Hunderte von Berg- und Hüttenarbeitern entlassen, die sich durch Weitergeben von Gülgeldern und Stimmzetteln herkömmlich gemacht hatten, Sozialdemokraten zu sein. So eigentlich gerügt hatten die Massenmaßregelungen ja nie, aber sie waren früher doch nicht so massenhaft vorgekommen. Es sollte indeß noch schlimmer werden.

Wären Unternehmer und Beamte auch nur einigermaßen klug gewesen, so hätten sie noch kurz vor der Wahl einsehen können, daß sie mit den Massenmaßregelungen einen großen Fehler begingen. Denn eine große Anzahl der Gemäßigten stellte sich sofort nach der Entlassung, zum Theil ohne die Kündigungsschuld abzuwarten, ganz öffentlich in den Dienst der sozialdemokratischen Wahlkassation, wo sie gut gebraucht werden konnten. Den sozialdemokratischen Wahlbezirk wäre es gar nicht möglich gewesen, ihre Agitation so umfangreich zu gestalten, wenn sie nicht von gemäßigten Berg- und Hüttenarbeitern so ausgiebig unterstützt worden wären.

Statt daß die Unternehmer und Beamten daraus etwas gelernt hätten, wurden sie noch wilder und — Leidenschaftlicher noch — machten das Uebel immer ärger. Ueberall saßen die Beamten in und vor den Wahllokalen, um die Arbeiter in

ihrem Sinne zu beeinflussen. Auch das hatte nichts genutzt; in vielen Wahllokalen überstieg die Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen bei weitem die Zahl der früher im ganzen Kreis abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen. Das hatte man nicht erwartet. Aber statt auf den so nachgelagerten Gedanken zu kommen, daß die brutale Unterdrückung der politischen Freiheit durch die bisherigen Maßregelungen einen großen Theil der Schuld trage, schrie man blutwüthend nach Rache und — maßregelte nun erst recht.

Sofort vom ersten Tage nach der Wahl begann man damit. Mündlich und schriftlich liefen bei den sozialdemokratischen Vertrauensmännern aus allen Theilen des Industriegebietes, sowie aus fast allen sonstigen Wahlkreisen Obereschlesiens Meldungen von Massenmaßregelungen wegen der Wahl ein. Obenan standen natürlich die Wahlkreise des Industriebezirks, denn folgte der zum Theil stark industrielle Kreis Ratibor, dann dem übrigen Oberschlesien können wir hier Einzelheiten der großen Menge der Gemäßigten wegen nicht anführen. Die jüngeren gemäßigten unterbehratheten Leute machten sich aus der Bergverwaltung wenig oder nichts; sie saßen den Entschluß abzuwarten. Schlimmer waren und sind die Folgen des Arbeitsverlustes für die älteren verheirateten Leute, die, wie das bei der in Oberschlesien üblichen Arbeitsweise fast selbstverständlich ist, meist auch schon Halbinvaliden sind. Was sollen diese anfangen, da sie weder hier noch sonstwo ihres Alters oder Gebrechens wegen in Arbeit genommen werden? Daß auch junge, kräftige Leute, die wegen der Wahl gemäßigelt worden sind, in Oberschlesien nirgends mehr angenommen werden, ist bei dem anscheinend nur oben bei der Neglerung unbekanntem System der schwarzen Listen selbstverständlich. (Wie sieht es hier mit dem bekannten Räufervorteil: Die schwerste Strafe demjenigen der seinen Bruder an der Arbeit hindert!) Sollen die älteren Gemäßigten von den paar Rentenpennigen leben? Sollen sie sammt ihren Familien den Gemeinden zur Last fallen? Die Gemeinden selbst haben großes Interesse an der Beantwortung dieser Frage, aber da ihre Leitung fast überall in den Händen von Gruben- und Hüttenbeamten liegt, ist nicht zu erwarten, daß sie sich ernsthaft mit dieser Frage beschäftigen. Unter den Werken, die sich durch besondere Härte bei den Massenmaßregelungen auszeichnen, gehört die Bismarckhütte, deren Direktor Kohlmann in einer der bekanntesten Bismarckrevue- und Sozialistenfeinde in Deutschland ist. Gerade auf dieser Hütte verhängte man den Massenmaßregelungen ihre Strafe für die freie Ausübung eines staatsbürgerlichen Rechtes noch dadurch, daß man ihnen für die Kündigungsschuld schlechte und niedrig bezahlte Arbeit zuweist; verweigern sie die Uebernahme dieser Arbeit, so werden sie auf der Stelle entlassen laut Paragraph 50 und 51 der „Arbeitsordnung“.

Was läßt sich angesichts dieser entschieden rechtswidrigen Bergverwaltung der Arbeiter, die nicht das Geringste im Arbeitsverhältnis sich haben zu schulden kommen lassen, thun? Das Gerechtigkeitsgefühl jedes halbwegs anständig denkenden Menschen fordert, daß den zu Unrecht Entlassenen Gemüthung geschieht, daß Gewerkegerichte, Gewerkeinspektoren, Neglerung und Minister diesen allem Recht ins Gesicht schlagenden Massenmaßregelungen ein schnelles Ende bereiten und die Unternehmer zwingen, die widerrechtlich Entlassenen wieder anzunehmen oder zu entschädigen. Bei der Lage unserer Gesetzgebung indes und vor allem unter der Inbezug auf ihre Durchführung herrschenden Zuständen ist nicht zu erwarten, daß etwas zum Schutze der Gemäßigten geschieht. Der Arbeiter, der das ihm zustehende Recht der freien Wahl benutzt, wird bestraft, der Unternehmer, der rechtswidrig die von ihrem Nichtgebrauch wachsenden Arbeiter entläßt, bleibt strafflos, wird sogar vielleicht gelobt, gelobt wegen einer verachtungswürdigen Handlungsweise.

Und die Folgen der Massenmaßregelungen? Offenbar werden sie ganz anders ausfallen, als die Massenmaßregelungen zu hoffen schienen. Schon jetzt haben einige das Gewerbe der Kolportage mit sozialdemokratischen Schriften aufgenommen; von allen Seiten hört man den Ruf der Arbeiter: Das nächste Mal werden wir noch besser zusammenhalten und unsere Kandidaten durchbringen. Wir unterwerfen uns nicht den passiven Gewaltthaten einzelner Steigen der Zahl unserer Verbandsmitglieder in Oberschlesien. Denn daß gegen die brutale Macht der Unternehmerschaft der Arbeiter nichts hilft als feste Organisationen zu dieser Erkenntnis werden die Arbeiter gerade wieder gekommen sein, nicht am wenigsten durch die Massenmaßregelungen.

### Ein lehrreicher Prozeß.

Das Unglück auf dem Kali-Bergwerk Thiederhall bildete am Montag den Verhandlungspunkt vor der zweiten Strafkammer. Die Bergleute Friedrich Röber aus Himmels und Karl Kleßling aus Thiede hatten sich wegen schuldiger Forderung zu verantworten. Am 5. Mai wurden durch eine zu frühe Lösung eines Sprengschusses der Drittsführer Witte getödtet und der Aufseher Ende verwundet. Röber erklärt, daß er, nachdem er die Bohrer mit fertiggestellt habe, von Witte nach oben geschickt sei, um den Sprengschuß abzufeuern. Nach der Bergwerksordnung durfte nur Witte diese Arbeit verrichten, es hat aber sogar ein Lehrling einmal einen Sprengschuß losgehen lassen. Er sei dem Befehl gefolgt, weil er nicht hätte fürchten müssen, entlassen zu werden. Oben angekommen, habe er bemerkt, daß der Förderkorb noch zweimal, und seiner Meinung nach, mit je 3 Mann angefahren sei. (In Wirklichkeit ist das zweite Mal nur ein Mann mit Bohlen zu Tage gefördert.) Doch habe er zur Sicherheit noch einmal gefragt, ob Witte und Ende oben seien. Bei der schlechten Beleuchtung habe er die beiden Bohlen für zwei Männer gehalten. Er habe dann Kleßling den Befehl zum Abfeuern gegeben. Kleßling giebt das zu. An dem Unglückstage seien einige Mann vor Hölze zusammengebrochen, man habe es deshalb sehr eilig gehabt. Auch er habe geglaubt, daß alle Mann ausgefahren gewesen seien. Die Schuld trage die manuelle Handhabung der Dienstvorschriften. Die bergpolizeilichen Dienstvorschriften sind, wie Röber angiebt, eigentlich nicht befolgt, auch von dem Aufseher Ende nicht. Manchmal habe man so früh losgeschossen, daß sie, die Angeklagten, die im Ausfahren begriffen waren, im Förderkorb hin- und hergeschleudert seien. Der Zeuge, Aufseher Ende, giebt zu, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, verweigerte aber die weitere Aussage, da er sich selbst belasten will. (!) Zeuge Bergmann Schöflig bekundet, daß der Angeklagte Röber nur auf Befehl Witte's gehandelt habe. Auf Befragen des Präsidenten giebt der Zeuge an, daß die bergpolizeilichen Bestimmungen nicht innegehalten werden, er habe einmal bei der Wesperrpause zu dem Aufseher Ende geäußert, daß es polizeiwidrig zugehe, der habe ihn aber geantwortet: Wenn ihm das nicht passe, solle er aus dem Schachte wegbleiben. Er sei stets zur angestrengtesten Arbeit getrieben worden. Sachverständiger Bergmann Pazmann meint, daß in dem Bergwerk in auffälliger unerhörter Weise gegen die Vorschriften gehandelt worden sei. Obersteiger Selterlein bekundet, daß ihm von den Unregelmäßigkeiten nichts bekannt sei. Seine Anordnung, den Bergleuten die bestehenden Vorschriften vorzulesen, sei nicht befolgt worden.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Gerichtsassessor Heim führt aus, daß in dem Bergwerk die alljährlichen Sicherheitsvorschriften in der unglaublichsten Weise vernachlässigt worden seien. Aber auch die Leute hätten darauf dringen sollen, daß die Vorschriften von den Aufsehern befolgt worden wären, und hätten die Beamten nöthigenfalls zur Anzeige bringen sollen. Die Angeklagten hätten daher fahrlässig gehandelt. Er beantragte gegen Röber 2 Monate und gegen Kleßling 6 Wochen Gefängnis. Rechtsanwalt Andreu beantragt Freisprechung, da der Unfall erst erfolgt sei, weil seitens der Aufsichtsbearbeiter auf die Arbeiter ein Druck ausgeübt würde dahingehend die Vorschriften zu übertreten. Das Gericht verurtheilt jeden der Angeklagten zu 2 Monate Gefängnis. Es nahm an, daß beide sich der fahrlässigen Tödtung in Verbindung mit fahrlässiger Körperverletzung schuldig gemacht haben, mildern komme in Betracht, daß in dem Bergwerk Thiederhall ganz heillose Zustände in sicherheitspolizeilicher Hinsicht herrschten, doch auch die Angeklagten treffe einige Schuld. Was muß das für eine Diktation sein, unter deren Aufsicht derartige Mißstände, derartige offenbare Uebertretungen der bergpolizeilichen Vorschriften Platz greifen konnten, wie sie hier gerichtsseitig festgestellt worden sind. Es ist nicht anzunehmen, daß die oberen Beamten keine Ahnung vom Treiben der Unterbeamten haben sollten. Tugend einmal werden die höheren Beamten des Werks sicher hinzu gekommen sein, als mit dem Förderkorb entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, jeiz drei Mann ein- und ausgefahren wurden.

Auch bei diesem Prozeß können die Arbeiter recht viel lernen. Es hört sich aus staatsanwaltschaftlichem Munde ja ganz schön an, daß die Arbeiter hätten die Beamten zur Anzeige bringen sollen, daß aber bei derartigen Anzeigen die Entlassung, die Probosmachung stets als drohendes Gespenst im Hintergrunde lauert, namentlich, wenn, wie es vorgekommen ist, die Behörde selbst dem Gelehrten, dem Fabrikanten, den Schlichter der Gezehe, seinen Arbeiter mit Namen genannt hat, darauf nimmt der Herr Staatsanwalt keine Rücksicht. Und doch hat es gerade der Aufseher Ende dem Angeklagten Röber gegenüber offen ausgesprochen, »wenn die Uebertretung der bergpolizeilichen Vorschriften nicht paßt, kannst du die Arbeit verlassen.« Und welcher Arbeiter setzt sich wohl gern einer solchen Gefahr aus? Herr Bürgermeister Pazmann, der ja die polizeiliche Aufsicht auch über das Kaliwerk Thiederhall ausüben hat, wird sich ja wohl jezt etwas mehr um dieses Bergwerk kümmern müssen, denn die Thatsachen, welche diese Gerichtsverhandlung zu Tage gefördert hat, stehen in Widerspruch mit den Aeußerungen seines Jahresberichts über die Inspektion der Bergwerke Braunschweig. Herr Pazmann wird wohl eingesehen haben, daß er sich im Irrthum befand als er zu seinem Jahresbericht von 1897 schrieb: »Eine Veranlassung zur Anbahnung lebhafter Beziehungen zu den Arbeitnehmern trat auch im Berichtsjahre nicht hervor. Die sich bei den periodischen Revisionen und Verhandlungen von selbst ergebenden Gelegenheiten zu einem Meinungsaustausch zwischen den Arbeitern und den Aufsichtsbearbeitern für diesen Zweck als ausreichend bezeichnet werden.« Wie konnte Herr P. in seinem Jahresbericht sich folgenden Worten äußern: »Die Durchführung der bergpolizeilichen Bestimmungen, soweit diese die Arbeiterschutzangelegenheiten betreffen, ist nachgerade eine vollständig allgemeine geworden.« wenn hier durch die Gerichtsverhandlung derartige Mißstände zu Tage gefördert werden? Der Herr Bürgermeister Pazmann kann überzeugt sein, daß die Arbeiter ihm bei genügender Diskretion seinerzeit offen die Mißstände schilbern werden und er kann dann auch für Beseitigung derselben wirken. Die Arbeiter aber leben nun einmal in Furcht vor Entlassung, wenn sie Mißstände anzeigen wollen. Uns sind besonders im Ruhrgebiet Fälle bekannt, wo Arbeiter entlassen wurden, als die Verwaltung herausfand, wer die Mißstände angezeigt. Wie notwendig die Einführung von Arbeiterkontrollen ist zeigt dieser Prozeß recht deutlich.

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

**Gener Bergwerks-Verein „König Wilhelm“.** Der Monats Ueberblick, welcher im April auf 113 146 Mark zurückgegangen war, weil die Förderung auf dem Schacht Christian Levin wegen Inbetriebnahme einer neuen Maschine auf einige Tage eingestellt werden mußte, hat sich im Mai, wie wir kurz gemeldet haben, auf 125 576 Mark gehoben. Er übertrifft damit das Erträgniß des gleichen Monats im Vorjahr um 250 Mark, wobei zu beachten ist, daß der Mai 1893 24 und der Mai 1897 24 1/2 Arbeitstage hatte. In den einzelnen Monaten betrug der Ueberblick:

	1898	1897
Januar . . .	133 267 Mt.	121 469 Mt.
Februar . . .	119 520 „	114 334 „
März . . .	122 065 „	121 805 „
April . . .	113 146 „	113 096 „
Mai . . .	125 576 „	125 376 „
	613 574 Mt.	596 080 Mt.

**Westfälisches Koksyndikat.** Im Monat Mai 1898 wurden von den dem Kohlenyndikat angehörenden Bechen 492 057 t abgesetzt (gegen 478 014 t im April cr. und 487 779 t im Mai 1897); hierzu kommt der Versand der Privatlokalen mit 14 590 t (13 350 t im April cr.), so daß sich ein Gesamtumsatz von 506 647 t ergibt (gegen 492 628 t im April 1898 und 502 641 t im Mai 1897).

**Ein neuer Sprengstoff.** Die österreichische Pulvermonopolverwaltung bringt, wie die „N. Fr. Pr.“ mittheilt, neuerdings einen brillanten Sicherheitsstoff „Dynammon“ in den Verkehr. Ueber die Wirkungen dieses Sprengstoffes wird u. a. verlautbart: Der dynamitartig wirkende Sprengstoff, der bei zahlreich im Bergbau und beim Steinbruchbetriebe durchgeführten Versuchen äußerst befriedigende Resultate ergeben hat, verbindet mit sehr bedeutender Kraftentwicklung absolute Sicherheit beim Transporte und bei der Heranbringung an den Verbrauchsort, indem er weder durch Schlag, Reibung oder sonstige mechanische Impulse, noch durch Flamme und glühende Körper zur Explosion gelangt. Die angeführten hervorragenden Eigenschaften sichern dem neuen Sprengstoff eine ausgedehnte Anwendung, zumal bei solchen Betrieben, welche auch aus ökonomischen Rücksichten Unfälle haben, in Betreff des von ihnen benutzten Sprengmaterials einen Wechsel eintreten zu lassen. Für den Bergbau mit Schlagwettersprengstoff ist als Ersatz der bisher angewendeten, ihrem Gebrauchszwecke nur unvollkommen entsprechenden Sprengmittel ein Präparat geschaffen worden, dessen Zulassung zur Benutzung in Schlagwettersprengstoff führenden Gruben auf Grund der einschlägigen erfolgreichen Versuche bereits ausgesprochen wurde. Dieses Präparat gelangt unter der Bezeichnung „Wetter-Dynammon“ zum Verkauf.

Die Zinsproduktion der Welt stellt sich in den letzten drei Jahren wie folgt:



Belgien, Frankreich, Rhinland, Obersteien, Großbrannien, Spanien, Desterreich, Russisch-Polen, Ver. Staaten	1895		1896		1897	
	t	%	t	%	t	%
Rhinland	192305	46,7	205514	48,8	214063	48,1
Obersteien	95519	23,2	97409	23,1	95550	21,5
Großbrannien	23967	7,3	26294	6,3	23805	5,4
Spanien	5845	1,4	6000	1,4	5437	1,2
Desterreich	8489	2,1	9408	2,2	9332	2,1
Russisch-Polen	5039	1,2	6204	1,5	5852	1,3
Ver. Staaten	74245	18,1	70432	16,7	91071	20,4
<b>Totalsumme</b>	<b>411409</b>	<b>100,0</b>	<b>421316</b>	<b>100,0</b>	<b>445110</b>	<b>100,0</b>

Die größere Gewinnung dieses Metalls in den Vereinigten Staaten hat einen größeren Verbrauch im eigenen Lande im Allgemeinen nicht hervorgerufen, wohl aber ein Steigen der Ausfuhr.

**Rußlands Hoheisenbewegung.** Rußland hat im Jahre 1897 114 Millionen Pud Hoheisen produziert, um 15,5 Millionen Pud oder um 16% mehr als im vorigen Jahre 1896. In den letzten fünf Jahren hat sich Rußlands Hoheisenproduktion und Verbrauch also gestaltet:

Jahr	In Tausend Pud	
	Produktion	Verbrauch
1893	70 863	102 449
1894	80 144	127 655
1895	88 585	136 281
1896	98 414	149 540
1897	114 079	166 326

In den letzten 4 Jahren ist die Produktion um 10 Millionen Pud und im Jahre 1897 um 15 1/2 Millionen Pud gestiegen. Der Verbrauch stieg um 25 Millionen Pud in 1894, um 9 Millionen Pud in 1895, 13 Millionen Pud in 1896 und um 17 Millionen Pud in 1897, also in 4 Jahren eine Steigerung um 64 Millionen Pud, das heißt um 62,7%.

**Zollfreiheit für Kalisalze bei der Einfuhr in Rußland.** Die „Industrie“ schreibt: „Wie von dem offiziellen Organ des russischen Finanzministeriums mitgeteilt wird, hat eine neue Vorlage des Finanzministers über weitere Zollermäßigungen und Zollbefreiungen für landwirtschaftliche Bedarfsartikel bereits die Genehmigung des Reichsraths erhalten und bedarf nur noch der Bestätigung des Baren. Es handelt sich dabei besonders um landwirtschaftliche Düngesalze und verschiedene Sorten landwirtschaftlicher Maschinen; die Zolländerungen sind dazu bestimmt, den Landwirthen eine Erleichterung zu gewähren. Auf die Freistellung soll zunächst gemahlener Kainit kommen. Wir theilten seiner Zeit mit, daß bereits Ende vorigen Jahres, als die Ermäßigung des Kainitzolles auf von 15 auf 2 Goldkopeken für das Pud erfolgte, regierungsseitig die vollständige Aufhebung dieses Zolles in Aussicht gestellt worden ist. Ferner sollen Chlorkalium, Chlorkalk und schwefelhaltiges Kalk zollfrei werden. Zur Zeit beträgt der Zoll für Chlorkalium 6 und für Chlorkalk 10 für je 100 Pud. Die jetzt für die genannten Kalisalze zu gewährende vollständige Zollfreiheit soll zunächst für die Dauer des bestehenden deutsch-russischen Handelsvertrages bis Ende Dezember 1903 gelten.“

### Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Versicherung.

**Eine Unternehmerkoalition gegen die Arbeiter.** Auf der letzten Versammlung der Delegirten des Centralverbandes deutscher Industrieller, über die in der Tagespresse nur ein kurzer Bericht erschienen ist, wurde sehr eingehend die Frage erörtert, ob der Centralverband deutscher Industrieller sich nicht auch zu einem direkten Arbeitstrübsverband ausbauen solle. Angeregt wurde die Erörterung durch den Geheimen Kommerzienrath Vogel aus Chemnitz, den Vorsitzenden des Vereines der Textilindustriellen. Dieser Herr begründete seinen Wunsch damit, daß er über den Terrorismus der Arbeiter Klage erhob. „Was ist es denn —“ so führte er aus — „was uns jetzt die Schaffensfreudigkeit in unseren Fabriken und unseren Geschäften am allermeisten beeinträchtigt? Das ist die Ungewißheit, ob wir die übernommenen Aufträge, die eingegangenen Verpflichtungen bei der Kammerbegleitung der Arbeiterchaft erfüllen können. Wir z. B. in Chemnitz haben augenblicklich eine Zeit, in der wir mit Sorge den Fehler eines Arbeiters rügen, weil nur zu oft der Arbeiter eine Kündigung, ohne Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen seine Arbeit verläßt und überall wieder Beschäftigung findet.“ Herr Vogel meinte nun, diesem Ueberwuchern der Unmäßigkeit der Arbeiter müsse entgegengetreten werden und dies auf die verschiedensten schon bestehenden Fabrikantenvereinigungen hin, die zu diesem Zwecke schon gegründet waren. Der alte diese Anfänge seien ungenügend, diese Vereinigungen seien nicht mächtig und stark, weil sie sich nur auf einzelne Branchen oder auf einzelne Bezirke beschränkten. Herr Vogel erbat aber einen über das ganze Reich und künftliche Industrieweise sich erstreckenden Verband an. „Wenn wir uns in Deutschland gruppenweise zu Verbänden vereinigen und diese Gruppen nicht einen Centralverband gegen unbeschränkte Berggriffe der Arbeiter bilden, so werden wir sicherlich niemals Stellung erhalten, die wir als Herren unserer eigenen Betriebe einnehmen und uns erhalten müssen.“ Herr Vogel wünschte nun, daß der Centralverband deutscher Industrieller sich der Sache annehmen solle. Seine Ausführungen fielen natürlich auf einen sehr fruchtbaren Boden. Der Leiter der Kruppischen Werke Herr Geheimrath Fenske in Essen, war ganz entzückt von dem Vogel'schen Plane und wünschte als dringender, als daß es demalst möglich sein würde, Arbeitgeber innerhalb ganz Deutschlands zusammenzuschließen einem energischen und einem von Gefühl der Solidarität getragenen Vorgehen gegenüber den unstützlichen Tendenzen der Arbeiterbewegung. Herr Fenske wies dann den Weg, diese Organisation zu gehen haben. Lokalorganisationen, die zum Theil schon im Rheinlande und in anderen Industriestrecken bestehen, müssen zunächst in Form von Ausschüssen in den Gewerkschaften gebildet werden. Wenn dann derartige Organisationen über Deutschland mit festem Willen vorwärts wären, dann würde es an der Zeit sein, daß die lokalen und lokalen Vereinigungen zu einem großen Ganzen, einer Art Rückversicherungverband, zusammengefaßt würden. Ist der offen ausgesprochene Plan, der über kurz oder lang in die Arbeiter werden aus ihm zu lernen und ihre Organisationen zu stärken und zu verbessern haben. Die Abwesenheit der Unternehmer sind für die Arbeiterbewegung nur dann schädlich, wenn die Arbeiter mit schwachen Organisationen einem Unternehmervorstand gegenübersehen. Sind sie jedoch im Stande, ausgebaute Organisationen gegen das vereinigte Unternehmertum ins Feld zu führen, dann verliert der Plan der Unternehmer seinen Schrecken. Die Parole für die Arbeiter muß auf alle Fälle sein: die Organisationen stärken und konsolidieren!

### Internationale Arbeiterbewegung.

Der **Zwickauer Bergarbeiterstreik** ist beendet. Das den streikenden Bergleuten angerufene Berg-Schiedsgericht

hielt am Montag voriger Woche in dieser Angelegenheit eine Sitzung ab, die nichts entschied, da die Verwaltungen der betroffenen Werke sich weigerten, mit den Arbeitern zu verhandeln und absolut gar nichts gewähren wollen. Nach angehörtem Bericht der vor dem Berg-Schiedsgericht gewesenen Kommission beschloß eine sehr stark besuchte Bergarbeiter-Versammlung, vorbehaltlich aller weiteren Entscheidungen und Verhandlungen mit den Werken, die Arbeit wieder aufzunehmen, obgleich sich weitere Mannschaften dem Streik angeschlossen hatten. Der Kampf war, da der Ausstand selbst auf den betroffenen Werken kein allgemeiner wurde und keine Mittel zur Unterstützung vorhanden waren, vor der Hand ein aussichtsloser. Die Herren haben ihre Humanität gegenüber den sich freiwillig wieder zur Arbeit Wiedenden im Laufe desselben Tages schon dadurch bewiesen, daß bereits bis zum Abend 50 Mann von beiden Werken — Brückenberg und Erzgebirgischer Verein — ihre Abkehr ertheilten, darunter auch einige Knappschaftsklassen-Vorstandsmitglieder und Arbeiterauschussmitglieder. Unter den Gemäßigten befinden sich viele Familienväter.

Auch auf der Grube »Gnadentisch« bei Petersdorf (Provinz Brandenburg) wurden 40—50 Bergleute gemäßigelt. Hier war ein Streik ausgebrochen, weil man Arbeiter, welche einer Organisation angehörten, auf's Straßenpflaster warf. Wir glauben unseren Kameraden ans Herz legen zu müssen, durch reichliche Unterstützung die Noth von den jetzt arbeitslosen Kameraden abzuhalten. Zeigt, daß Unternehmervilligkeit nicht im Stande ist, Arbeiter, welche für ihr gutes Recht kämpften, ins Elend zu stürzen. Geldsendungen sind an W. Schürholt, Bochum, Johannisstraße 22 zu richten.

**Die deutschen Gewerksvereine** tagten zu Pfingsten in Magdeburg 41 Delegirte vertraten 84,000 Mitglieder. Im Bericht des Verbandespräsidenten beklagte sich Dr. Hirsch über das Epitheton »zähne«, das man seinen Gewerksvereinen belege, und betonte, daß die Organisationen immer am Plage gewesen sei, wo es gegolten habe, für Freiheit und Recht der Arbeiter einzutreten, er erklärte auch den Gedanken, eines internationalen Gewerksvereinskongresses. Den Vorwurf der Sonderorganisationen wozu die Kräfte der Arbeiter im Dienste des Unternehmertums zerstückelt werden, wird der Anwalt trotz alles Bedrückens nicht von sich abschütteln können. Professor Lok-München hielt hierauf einen Vortrag über das Interesse der Arbeiter an der Handels- und Zollpolitik. In Bezug hierauf wurde eine Resolution angenommen, welche sich für die Handelsvertragspolitik ohne Erhöhung der Zölle ausspricht. Dann wurde gegen die Beeinträchtigung des Arbeiterkoalitionsrechtes protestirt und die Arbeitslosenunterstützung ausschließlich für die Berufsorganisationen in Anspruch genommen, d. h. ohne Mitwirkung des Staates oder der Gemeinden. Ein Vortrag über die Berufsorganisationen der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter eroberte mit Annahme einer Resolution, welche die Nothwendigkeit dieser Organisation behufs Erlangung der Gleichstellung mit den Männern betonte, jedoch wurde der in derselben enthaltene Passus von der Abschaffung der Lohnarbeit verheerlicher Frauen und der von der Gründung reiner Frauen-Organisationen gestrichen. Auch eine gründliche Neugestaltung der Gefindepordnung wurde verlangt. Ueber das Kapitel »Arbeitsverhältnisse« referirte Dr. Hirsch; er verlangt obligatorische Einführung der Gewerbebetriebe für alle Orte resp. Bezirke mit entwickeltem Gewerbebetriebe, welche auch ohne Annullierung Einigungsversuche machen sollen, und bei entstehenden Streitigkeiten vorerst den Weg der Verständigung und Einigkeit zu beschreiten. Erst bei Erfolglosigkeit dieser Versuche und bei dem Vorhandensein günstiger Aussichten und genügender Mittel solle in den Ausstand getreten werden. Im Uebrigen soll der Generalrath in jedem Falle entscheiden. Eine Resolution in diesem Sinne wurde angenommen.

### Zum diesjährigen Kongress der Berg- und Güttenarbeiter Oesterreichs.

Bekanntlich findet dieser Kongress laut Beschluß der Bergarbeiter-Konferenz in Turn am 3. Juli und folgende Tage in Prag statt. In voriger Nummer haben wir das von »Magdara« vorgeschlagene Programm veröffentlicht. Wir haben dies gethan, weil unser Bruderblatt »Magdara« früher damit begann, ohne zuerst in eine Verständigung mit uns einzugehen. Mit diesem Programm können wir nicht einverstanden sein, und wie uns eine Zuschrift von dem Turner Verband mittheilt, sind auch die dortigen Bergarbeiter nicht einverstanden, weil die Organisationsfrage, also die wichtigste Frage, nicht berührt wird. Wir wollen heute von unserem Vorschlagsrecht ebenfalls Gebrauch machen und schlagen folgende Tagesordnung vor:

1. Die Organisation und Agitation der Oesterreich. Bergarbeiter in Bezug der Centralisation;
  2. Die Bruderverbände und die diesbezüglichen Forderungen der Bergarbeiter;
  3. Wie können die Bergarbeiter die von den sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlamente beantragten Dringlichkeitsgesetze resp. Anträge betreffend des Achtstundentages, der Berginspektion, Bruderverbandsreform, Lohnzahlungen, ferner betreffend des Schutzes der Bruderverbände und Genossenschaftsdelegirten u. am besten Nachdruck resp. Geltung verschaffen?
  4. Die Bergbauorganisationen;
  5. Die Fachpresse;
  6. Der internationale Bergarbeiterkongress in Wien;
  7. Die Notharbeit und der Grundlohn im Bergbau.
- Wir meinen, daß dieser Tagesordnung werden die Bergarbeiter allseits einverstanden sein. Selbstverständlich werden die Anträge zur Aenderung der Tagesordnung am Kongress selbst zur Berathung gelangen. Genossen, sorgt dafür, daß alle Bergarbeiter vertreten sind!

Mit Brudergruß  
Die Redaktion des »Glück auf!«

**Im Oesterreichischen Antheile des obersteirischen Kohlenbeckens,** bei Jaworzno in Galizien, ist ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen. Es handelt sich um Lohnforderungen, die zwar den Schleppern, aber nicht den Bauern bewilligt worden sind. Besitzer der hiesigen Gruben sind die Brüder Guttman in Wien. Der Streikort ist mit Militär, Infanterie und Kavallerie besetzt, obwohl kein Anlaß hierzu vorliegt.

**Zum südwalisischen Kohlenarbeiterstreik** wird aus London geschrieben: Oberst Clements, welcher den Befehl über die 300 Mann Truppen führt, welche gegenwärtig in den Kohlenbezirken von Südwales stationirt sind, hat sein Hauptquartier in Merthyr Tydvil aufgeschlagen. Die Streikenden haben ein Gesuch an die Regierung gerichtet, die Truppen zurückzuziehen und den Präsidenten des Grubensamts gebeten, eine Belagerung des Streikens anzubahnen. Daß sich das Handelsamt etantschen

wird, sei mehr als unwahrscheinlich, da keine von den beiden Parteien zu Konzessionen bereit zu sein scheint. Mittelmittel haben die »Great Western«-Bergen in Abergwynne, welche nicht zum Verbanne der Bergwerksbesitzer gehören, den Lohn ihrer Arbeiter wieder um 10 pCt. erhöht. Seit dem Beginn des Streiks beträgt die Lohnerhöhung nunmehr 30 pCt. Merthyr (Südwales), 22. Juni. In der vergangenen Nacht kam es in Rhymney Valley zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Grubenarbeitern, die gegen nicht ausländische Kameraden eine Kundgebung veranstalteten. Mehrere Personen wurden verwundet, darunter ein Führer der Grubenarbeiter. Von Pontypridd aus ist Kavallerie an Ort und Stelle entsendet worden.

### Aus dem Kreise der Kameraden.

**Bochum. Der Vorstand des »Allgemeinen Knappschaftsvereins«** erucht uns mitzutheilen, daß die Wahlen noch nicht im Monat Juli stattfinden werden, sondern erst nach Monaten. Es sei überhaupt noch kein bestimmter Termin festgesetzt worden. — Wir freuen uns, daß der Vorstand des Knappschaftsvereins unsere Vermuthung betr. der Wahlen berechtigt, glauben aber trotzdem nochmals an alle Kameraden die dringende Aufforderung zu richten, unermüdet dafür einzutreten, daß, wenn der Tag für die Wahlen bestimmt ist, man uns nach allen Seiten hin wohl gerüstet findet.

**Reite Arbeitervertreter.** Wie billig kann eine Arbeiter-Wittne sich mit drei schulpflichtigen Kindern ernähren? Diese Frage ist von dem Schiedsgerichte II der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft zu Dortmund in überraschender Weise gelöst. Eine Wittve hatte nämlich durch Unfall ihren Sohn verloren; mit Hilfe dieses Sohnes hatte sie zugleich auch ihrer belchebenen Ackerwirtschaft vorgestanden, die ihre ganze Arbeitskraft in Anspruch nahm und ihr einen jährlichen Nettoertrag von 387 Mk. lieferte. Ihr Anspruch auf Unfallunterstützung (Ascendentenrente) wurde von der Knappschafts-Genossenschaft abgewiesen, weil die Wittve „als hilflosbedürftig im gesetzlichen Sinne nicht angesehen werden könne“. Gegen diesen Bescheid erhob die Wittve Berufung, und da hat denn das Schiedsgericht für die Section II der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft wörtlich entschieden:

„daß die Einnahme der Klägerin zum Unterhalte ihrer Familie ausreicht (!) und daß sie keiner fremden Hilfe bedarf, um vor Noth und Elend geschützt zu sein“ (!). Also mit einem Jahresinkommen von 387 Mk. — pro Kopf und Tag etwa 25 Pfg. — soll die Frau sich mit 3 Kindern unter 14 Jahren ernähren können — so entscheidet ein Schiedsgericht, unter Zustimmung zweier Vertreter aus dem Arbeiterstande, deren Name der Wittve nicht vorzuenthalten werden darf: es sind die Knappschaftsältesten Mittenbruch aus Gelsenkirchen und Bergmann Bruchhagen aus Vogelheim.

Als Denkmal der „modernen Humanität“ können sich diejenigen Bergleute diesen Urtheilspruch für kommende Zeiten aufbewahren, welche Leute wie Bruchhagen und Mittenbruch als Vertreter gewählt haben. „Herrliche That“, eine Wittve mit drei unermächtigten Kindern so ohne weiteres dem Elend preisgegeben! 25 Pfg. pro Kopf und Tag sollte man dieses für möglich halten? Wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn von dieser „Reisensumme“ noch die nebensächliche Ausgaben gedeckt werden müssen, jodelt übrig bleibt um kaum einen Grund satt zu füttern. Was würden die „Arbeitervertreter“ Mittenbruch und Bruchhagen wohl sagen, wenn sie wüßten, daß es ihren Familien auch mal so ergehen könnte. Es ist nicht genug, daß eine Mutter ihren einzigen Ernährer als Opfer der Industrie vor sich liegen sehen muß. Zu dem Mutterjoch muß sich auch noch das Gespenst des Hungers zugesellen. So wollen und verlangen es diese „Arbeitervertreter.“ Wie sieht es in der Bibel: „Wer Wittwen und Waisen ihr Brod entzieht, ist ein Mörder!“ Denken diese Herren an diesen gerechten Grundsat nicht? **Bergleute! Arbeiter!** Bei den kommenden Wahlen muß es eure heiligste Aufgabe sein, daß ihr euch derartige Personen entledigt, wolle ihr noch als Menschen gelten, die über Recht und Unrecht noch ihr eigenes Urtheil fällen können. Nochmals hinaus mit Leuten, ob sie Mittenbruch, Wörmann, Bruchhagen oder Bloch heißen, erst dann wird und kann es den Bergleuten besser ergehen.

**Hohwege. Erklärung.** Am 20. März hielt ich beim Wirth Dörnholz zu Hohwege eine Versammlung ab, worin ich beauftragt wurde gegen das Statut zu stimmen. Nachdem das Statut eine kleine Aenderung erfahren, war ich durch die Umstände veranlaßt, mich den am 24. April in Linden und Dahlhausen stattfindenden Versammlungen anzuschließen, da ich während der kurzen Zeit keinen Saal mehr erhalten konnte. Was alle diese Versammlungen beschlossen, habe ich voll und ganz ausgeführt. Trozdem wird mir von einigen Hintermännern noch nachgesetzt, ich hätte für das Statut gestimmt. Diese Hinterlistigkeit ist doch sehr bedauerlich. Wer über meine Abstimmung noch zweifelt, der besfrage sich doch bei den beiden Ältesten Weber und Wange, denen habe ich meinen Abstimmungsschein offen vorgelegt.

August Schulte, Knappschaftsältester für den Sprengel: Döhholz, Biederholz, Hohwege und Oberdahlhausen.

**Merklinde.** (Essentielle Aufforderung!) Wir fordern den Kameraden H. auf, sich öffentlich in der Berg- und Güttenarbeiterzeitung zu erklären, ob er das Mandat als Knappschafts-Ältester für den Bezirk Merklinde annehmen will? Wir müssen sofort Stellung zu der Ältestenwahl nehmen, um unserem alten Säesager die Rechnung auszustellen.

Mehrere Kameraden von Merklinde. Das Ersuchen an mir, mich in der Berg- und Güttenarbeiterzeitung zu erklären, ob ich das Mandat als Knappschafts-Ältester annehmen wolle, will ich mit Ja beantworten. Ich gebe die Versicherung, daß ich mich jederzeit des Vertrauens meiner Kameraden würdig zeigen werde.

Ant. Rehpöpler, Merklinde. **Oberhausen.** Der Älteste Kamerad Sachse z. B. Jahrgang auf »Montfordia« berief am 8. Mai eine Sprengel-Versammlung ein, um sich mit seinen Mitgliedern über seine Stellungnahme zum Statut zu berathen. Kurz vor Schluß der Versammlung ließ er auf Verlangen der Mitglieder darüber abstimmen, wie sich dieselben zu dem neuen Statut verhalten wollten. Die Mitglieder stimmten denn auch geschlossen gegen das neue Statut. Trozdem nun die Mitglieder dagegen stimmten, äußerte sich der werthe Herr Kamerad Sachse folgendermaßen: Wenn Ihr auch gegen das Statut gestimmt habt, so halte ich das neue Statut für gut und werde trotz kurzer Ablehnung dafür stimmen, ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, daß ich vielleicht durch meine ablehnende Haltung die alten Invaliden benachtheiligen soll. — Später äußerte sich der Mann, daß, wenn er auch jetzt nicht mehr gewählt würde, ihm dies schuppig sei. Die Kameraden wissen nun, was sie von diesem Mann zu halten haben. Zeigen wir, daß unser Wille die Handlungen eines Ältesten zu bestimmen hat.



**Gamborg b. Schwerte.** Im Monat Januar d. J. wurde laut Anschlag auf Beche „Margaretha“ Folgendes bekanntgemacht: „Am 10. resp. spätestens 25. jeden Monats soll Abschlag und Vöhrung stattfinden.“ Da nun am 10. d. Mts. der Abschlag gezahlt werden mußte und sich viele Bergleute am genannten Tage eingefunden hatten, um ihr ehrlich verdientes Geld in Empfang zu nehmen, wurde denselben seitens des Rechnungsführers die Mitteilung gemacht, daß wegen der Schützenfeier zu Vöhrdorf und Gesecke die Auslösung nicht stattfinden könne. Die Bergarbeiter mußten schließl. ohne Geld wieder abziehen. So wird also ein Bergmann behandelt, wenn er sein sauer verdientes Scherflein in Empfang nehmen will. Ob nun die neue Direktionsverwaltung etwa dazu Veranlassung gegeben hat, wissen wir nicht; wenn aber anderthalbe oder doppelte Schicht gemacht werden soll, werden die Bergarbeiter dazu angehalten. Anders ist's, wie wir sehen, bei der Vöhrung. Dann wäre noch auf genannter Beche zu wünschen, daß, wenn Mttags die Pferde aus der Grube kommen, dieselben geführt würden und nicht ohne Führer ihren Stall selbst aufsuchen müssen. Es könnte solches doch für den Bergarbeiter, an dem ein führerloses Pferd vorbeigeht, gefährlich werden.

### Aus Hannover und Braunschweig.

**Helmstedt.** In der Versammlung am 19. Juni wurden folgende Punkte erledigt: 1. Gewerkschaftliches und Kartellrecht, 2. Unterstützungsforderung der Zahlstelle Helmstedt, 3. Anschaffung eines Wappenschildes zu Gewerkschaftsfesten und Begründung, 4. Knappschaftliches und Verschiedenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung verlas der Kartelldelegierte das Protokoll von der letzten Kartellversammlung. Die Anwesenden erklärten sich sämmtlich damit einverstanden. Dann wurde eine Sammlung für die streikenden Maurer veranstaltet. Der Vertrauensmann erinnerte gleicher Zeit die Kameraden daran, die Gelder, welche für den Bergarbeiterkongreß noch ausstehen, abzuliefern, damit er mit der Hauptkasse abrechnen könne. Zu Punkt „Unterstützungsforderung“ wurde einem kranken Kameraden eine Unterstützung von 6 Mark gewährt, bei weiterer Erwerbsunfähigkeit sollen dann noch pro Woche 3 Mark bewilligt werden. Auch die Anschaffung eines Wappenschildes wurde zugestimmt. Die Einweihung des Schildes soll auf dem am 17. Juli stattfindenden Gewerkschaftsfeste vorgenommen werden. Ueber „Knappschaftliches“ referierte sodann Kamerad Burghardt, die Mängel gründlich hervorhebend. Er bezeugte die Forderungen für die Knappschaftsreform, welche der Kongreß in Dortmund gefordert, als das Mindeste, für welche jeder Kamerad einzutreten habe. Nachdem noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

### Aus Sachsen, Thüringen und Bayern.

**Ashersleben.** Um Frühlingszeit zu vermeiden, mache ich die Kameraden aufmerksam, daß die monatlichen Beiträge 40 Pfg. betragen (incl. Votenlohn). Beiträge müssen jeden Monat abgeholt werden. Gleichzeitig mache ich bekannt, daß Kamerad Hue, Redakteur der Berg- und Hüttenarbeiterzeitung am 3. Juli, Abends 8 Uhr hier sprechen wird. Mögen ein jeder schon dafür agittren.

Der Vertrauensmann.

**Gröben. Berichtigung.** In Nr. 25 d. Btg. vom 18. Juni d. J. befindet sich unter „Gröben“ folgende Notiz: „Auf „Neugröben“ sind wieder alle Arbeiten mit nur einem Wagenschieber versehen. Der Hauer muß ohne Rücksicht darauf, wie die Arbeit im Stande ist, den Wagen mit fahren. Das Übrige ist so schlecht gestellt, daß an ein ordnungsmäßiges Verbauen des Bruchs nicht zu denken ist. Man braucht sich angezichts dessen nicht zu wundern, wo die vielen Unglücksfälle herkommen.“ Wir erklären hiermit, daß obige Notiz nicht der Wahrheit entspricht und bemerken, daß es selten vorkommt, daß der Hauer nur einen Wagenschieber hat. Wenn es mal vorkommt, dann ist es nur vor der Strecke und nicht wie angegeben, vor Bruch. Es wäre besser, wenn auf verschiedenen Gruben die Brüche so

ausgebaut würden gerade wie auf „Neugröben“. Dann würde man viele Unfälle verhindern können. Unsere Beamten sparen kein Holz und verfahren strikte nach dem Berggesetz. Teuchern, den 21. Juni 1898. F. A. der Belegschaft Neugröben. Eduard Becker. Gustav Müller.

**Zeitsch.** Der jetzt herausgegebene Geschäftsbericht der A. Niederbayerischen Montanwerke verdient doch etwas niedriger gehalten zu werden. Er beweist, daß es der Gesellschaft ein Leichtes sein müßte, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Wie die Werkverwaltung über die Arbeiter und über die im vorigen Jahre zum Ausstände führenden Ursachen denkt, geht aus folgendem Satze des Berichtes hervor:

Zu dem erwähnten Arbeitermangel trat im Juni eine auffallende Arbeitsunlust, die schließl. zu einer, wenn auch nur kurze Zeit anhaltenden Arbeitsniederlegung führte, welche in Verbindung mit dem ungünstigen Sommer die Herstellung von Kohlenpreisen merklich beeinflusste.

Also die pure Faulheit ist es nach Ansicht der Direktoren und Tantemen schludenden Herren gewesen, was die Tausende von Bergleuten im vorigen Sommer zum Streiken gezwungen hat! Kein Wort enthält der Bericht über die jähren Klagen, die von den Bergleuten erhoben worden sind, kein Wort, daß den Unzufriedenen abgeholfen werden soll, kein Wort, daß durch Verklärung der Schlichtzeit, durch Erhöhung der Schichtlöhne, durch bessere Weterführung u. Leben und Gesundheit der fleißigen Bergleute besser geschützt und gefördert werden kann, nur die einzige Klage hören wir, daß in Folge des Streiks nicht genug „Kohlepreisseine“ produziert worden sind! Daraus kann der Bergmann so recht klar ersehen, wie er auch gar nichts gilt, in den Augen der Aktienbesitzer. Mag er vorzeitig dahin sicken und sterben, mag die Arbeit ihn zur Qual werden, das ist den Herren Nebenjache; wenn nur der Profit, ihre Dividenden, keinen Schaden erleidet.

Die Frage, ob eine beträchtliche Lohnerhöhung eintreten könne, beantwortet der Jahresbericht durch seine eigenen Biffern. Der Bruttogewinn betrug nämlich nicht weniger als 2 796 045-15 Mark, während die Gesamtheit der im ganzen Jahre bezahlten Arbeitslöhne nur wenig mehr ausmachte, nämlich 3 238 300 Mark. Mit andern Worten heißt das: Jedem Arbeiter ist nur etwas mehr als die Hälfte dessen ausgezahlt worden, was er verdient hat.

Der Bericht giebt an, der durchschnittliche Arbeiterbestand habe 3277 Köpfe betragen, so daß auf den Kopf des Arbeiters ein durchschnittlicher Jahreslohn von 988 19 Mark entfallen sei, gegen 938,95 Mark im Jahre vorher. Ist der angegebene Lohn für die schwere und gefährliche Arbeit der Bergleute an sich schon viel zu niedrig, so hat eine Umfrage bei den Kameraden ergeben, daß ihr reiner Lohn bei weitem noch nicht 19 Mark beträgt, was der Fall sein müßte, wenn der angegebene Jahreslohn von 988,15 Mark richtig wäre. In die von der Werkverwaltung angegebene Lohnsumme müssen darum Posten gezwungen sein, (entweder für die Befoldung der Beamten oder für andere Ausgaben), die nicht hineingehören und den Arbeitsverdienst viel höher erscheinen lassen, als er in Wirklichkeit ist. Dieser Verdacht ist um so berechtigter, als der Bericht ausdrücklich erklärt, auch auf die Frauen- und Kinderarbeit entfalle der jährliche Durchschnittslohn von 988,15 Mark mit. Jede Frau und jedes Kind, die auf den Niederbayerischen Werken beschäftigt sind, wird darüber ein helles Lachen ausbrechen, daß auch ihr Wochenverdienst 19 Mark betrage! Der Bericht schließt dann auch über jede Detailfrage der Arbeitslöhne hinweg und erwähnt ihrer nur ganz nebenbei, während andere Ausgaben mit großer Ausführlichkeit behandelt werden. Die Werte der Grundstücke, Gebäude, Mobilien und Immobilien aller Art nebst den Effekten, Wechseln, Waarenbeständen u. betragen nicht weniger als 14 380 082,95 Mark. Dazu kommt noch ein Reservefond von einer vollen Million Mark, also betragen die Werte der Gesellschaft rund 5 450 000 Mark mehr wie das gesammte Aktienkapital! Oder anders ausgedrückt: Seit fünfzehn Jahren besteht die Ge-

sellshaft. Jeder Aktionär hat in dieser Zeit sein gesammtes Einlagekapital in Gestalt von Dividenden etwa anderthalbfach schon vollständig ausgezahlt erhalten. Trotzdem genügt er noch fortgesetzt die riesige Dividende, und würde heute das Werk verkaufen, so läme laut Buchwerth auf eine Aktie von 200 Mark noch über 300 Mark Entschädigung.

Außer der Niederbayerischen von 12 pCt. ist das Vermögen des Werkes in dem einen Jahre um eine volle Million gewachsen, denn die Bilanz vom 31. März 1897 schloß mit 13 404 857,47 Mark und die Bilanz von demselben Datum 1898 mit 14 380 082,95 Mark. Rechnet man dazu noch die 67 724,65 Mark, welche im vorigen Jahre dem Reservefond und dem Extrareservefond zugeführt worden sind, so ergibt sich ein Zuwachs von mehr als einer Million Mark.

Wenn die Gesellschaft ihre volle Dividende von 12 pCt. gezahlt und nur den Zuwachs an Vermögen den Arbeitern hätte zu Gute kommen lassen, so würde das Einkommen jedes erwachsenen Arbeiters um über 300 Mark gewachsen sein. Nicht bezeichnend für Wohlstand und Aufsichtsrath, von denen der Geschäftsbericht aufgestellt bzw. geprüft worden ist, ist die Thatsache, daß sie kein äußerlich jeden Pfennig angeben, den sie im Interesse der Arbeiter ferner noch geleistet haben. Da werden sogar die geschnittenen Beiträge zu den Krankenkassen angegeben, die 11 600 Mark sonstigen freiwilligen Unterstützungen an kranke und hilfsbedürftige Arbeiter, Witwen und Waisen und alle anderen Ausgaben, durch welche die Arbeiterfreundlichkeit der Werkverwaltung bemessen werden soll. Wie gering diese Wohlthaten in Wahrheit sind, geht aber daraus hervor, daß sie alle zusammen auf 1 Helloliter geförderte Kohle nur wenig über 1/2 Pfennig ausmachen, nämlich 0,59 Pfg., während es noch im vorigen Jahre 0,62 Pfg. waren. Nicht übel ist auch die Thatsache, daß außer den 1 200 000 Mark Dividenden an die im Schwelge ihres Angezichts die Coupons abschneidenden Aktionäre, auf die 6 Ausschüßräthe der Gesellschaft 44 338,41 Mark an Dantien entfällt. Die Beamtenpensionskasse erhält die Kleinigkeit von 30 000 Mark und die Arbeiter-Unterstützungskassen einen ungeheuren Klumpen, nämlich 5000 Mark! Jedem das Seine oder Suum quique, wie der Lateiner sagt. Alles in Allem: Wenn nun die Arbeiter der Niederbayerischen Montanwerke nicht einsehen, wie gut sie es meinen, wenn sie nun noch nicht ihre herrliche Verwaltung sammt allen Aktionären liebgewinnen, dann ist ihnen in ihrer b'wartigen Verstocktheit eben nicht mehr zu helfen!

### Aus dem Oberbergamtsbezirk Breslau.

**Genthen.** Beendeter Streik. Auf der fiskalischen Friedrichsgrube bei Mithow's ist vorgestern die Förderung in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Zehn Bergleute, welche bei dem Streike „Nadelsticker“ waren, wurden entlassen.

## Versammlungs-Kalender des Verbandes.

In allen Versammlungen werden Beiträge entgegengenommen und können sich Mitglieder anmelden.

### Am 3. Juli finden nachstehende Versammlungen statt:

Ashersleben. Nachm. 3 Uhr.  
Aunee. Von 4-6 Uhr in Kron's Lokal.  
Bruch. Vom 5. bis 10. werden die Beiträge eingesammelt.  
Dortmund. Nachm. 3 Uhr. Wirth Schner.  
Damm bei Bergshofen. Nachm. 6 Uhr bei Wwe. Garbe.  
Eichlinghofen. Nachm. 4 Uhr. Wirth Wagner.  
Eisleben. Zeit und Lokal fehlt.  
Fulda. Nachm. 5 Uhr. Wirth Hamelsbed.  
Gorma. Nachm. 3 Uhr. Sendels Restaurant.  
Haarzopf. Nachm. 6 Uhr. Wirth Heinemann.  
Hordel-Eifel. Nachm. 4 Uhr. Wirth Adermann.  
Mühlheim 2. Nachm. 6 Uhr. Wirth Westhebe.  
Pömmelte-Barby. Zum Kronprinz.  
Rothenbach. Wirth Barthel.  
Wettchau. Nachm. 4 Uhr. Gastwirth Gantsch.  
Wattenscheid. Nachm. 4 Uhr. Wirth Sageborn.

## Öffentl. Bergarbeiter-Versammlungen

finden statt:

### Sonntag den 3. Juli:

**Slyrum.**

Morgens 11 Uhr, im Lokale des Wirths Ho'zberg.

Tages-Ordnung:

1. Das neue Knappschaftsstatut.
2. Aufstellung von Kandidaten zur Knappschaftsältestenwahl.

### Hengsen und Obherdecke

Tages-Ordnung:

Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Wirths Plunkert in Hengsen.

1. Das neue Knappschaftsstatut.
2. Aufstellung von Kandidaten.

**Süßen.**

Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Wirths Becker (früher Döhaus)

Tages-Ordnung:

1. Das neue Knappschaftsstatut.
2. Aufstellung von Kandidaten.

**Wescherbede.**

Nachmittags 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Lokale des Herrn Niederhiesberg.

Tages-Ordnung:

1. Das neue Knappschaftsstatut.
2. Aufstellung von Kandidaten.

### Sonntag, den 10. Juli:

**Bergshofen.**

Vormittags 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Saale des Wirths Wilhelm Godel, Wilhelmshöh.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Knappschaftsältestenwahl.
2. Aufstellung der Kandidaten.

Referent: Peter Weis-Gelsenkirchen.

**Bochum I.**

Nachmittags 5 Uhr, im Lokale der Wwe. Fischer, Germanenhalle.

Tages-Ordnung:

1. Knappschaftsangelegenheiten.
2. Aufstellung der Kandidaten zur Knappschaftsältestenwahl.
3. Verschiedenes.

Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pfg. Entree erhoben.

### Ashersdorf und Umgegend!

Sonntag, den 3. Juli 1898, Vormittags 11 Uhr,

in Wittenbergs Lokal

## Öffentliche Gewerkschaftsversammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag über die Ziele der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere des deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes.

Referent: Otto Hae-Hien, Redakteur der Bergarbeiterzeitung.

Diskussion und Verschiedenes.

Zutritt für Jedermann.

Eintrittsgeld 10 Pfg.

Zahlreiches Erscheinen, besonders der Berg- und Fabrikarbeiter sieht entgegen.

Der Einrufer.

### Duerenburg.

Sonntag, den 10. Juli 1898, Nachmittags 5 Uhr, im Saale der Frau Wwe. Hahne

## Knappschaftsmitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die bevorstehende Knappschaftsältestenwahl und Aufstellung der Kandidaten.
2. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung werden die Knappschaftsmitglieder von Duerenburg, Brenschede und Steinkuhl eingeladen.

Zur Deckung der Tageskosten werden 10 Pfg. Entree erhoben.

### Knappenverein

**Fellhammer.**

Sonntag den 3. Juli, Mittags 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Zutreten zum Spas, lang nach Friedrichsruh-Neu-Falzburg.

Verbandsmitglieder sind freundlichst eingeladen.

Zahlreiche Theilnahme erwünscht.

Der Vorstand.

### Seltener Gelegenheitskauf

**für Arbeiterbibliotheken.**

Die Verlagsbuchhandlung von Joh. Cassenbach, Berlin, Invalidenstraße 118, stellt den Arbeiterbibliotheken die bisher erschienenen drei Jahrbuchbände der Monatschrift „Neuland“ zum halben Preise zur Verfügung und zwar bei portofreier Zusendung statt für 3,10 Mark pro Band für 1,55 Mark, alle drei Bände zusammen für 4 Mark. Zusendung erfolgt nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages oder gegen Nachnahme. „Neuland“ ist von den verschiedensten Parteiblättern auf Warme empfohlen worden und ist für Arbeiterbibliotheken sehr geeignet.

### Herzen und Umgegend.

Unterzeichneter empfiehlt sich den Kameraden zur Lieferung von

### Cigarren und Tabak

solche aller Arten

### Zeitschriften.

Aug. Schwanitz,

Bote der Bergarbeiterzeitung

Herzen, Kaiserstraße 25.

### Zur Beachtung!

Um mit der Drucklegung der Kämpfenschen Gedichte beginnen zu können, ersuchen wir nochmals alle Inhaber von Listen um recht baldige Einzahlung der ausgezeichneten Beträge. Sammler, welche ihre Listen vom Kameraden Kämpfenschen selbst erhalten haben, schicken ihr Geld auch an diesen ein, alle anderen (unter genauer Angabe des Zwecks) nach hier.

In die um materielle Interessen kämpfende Bergmannschaft tragen die Kämpfenschen Gedichte den Zug des Idealismus hinein, ohne welchen in der ganzen Weltgeschichte seither noch nichts Großes sich ereignet hat. Die Flamme der Begeisterung zündet sich an den poetischen Ergüssen, welche die Gefühle und Ideen in gebührender musterhafter Form faßt, an. Sie bilden daher einen lebendigen Sporn der Begeisterung und zugleich eine Erholung vom alltäglichen, prosaischen Betriebe.

Mit Glückauf!

Bochum, im Juli 1898.

### Der Verlag der deutschen

Berg- u. Hüttenarbeiterzeitg.

### Merklinde.

Morgens 10 Uhr, beim Wirth Th. Güller

### Besprechung.

Freunde sind mitzubringen.

Der Vertrauensmann.

### Bismarck.

Die Beiträge werden, so lange wir kein Lokal besitzen, durch den Vertrauensmann abgeholt.

## Mitgliederversammlungen

finden statt:

Sonntag den 3. Juli.

**Dortmund.**

Nachm. 4 Uhr, beim Wirth Schner, Antonstraße.

Tages-Ordnung:

1. Zahlung der Beträge und Aufnahme.
2. Stellungnahme zur Wahl der Knappschaftsältesten.
3. Verschiedenes.

Jch erjuche Diejenigen, die noch im Besitz von Kongreßkarten und -Listern sind, diese an mich abgeben zu wollen, damit ich Rechnung legen kann.  
Der Vertrauensmann S. Wächter.

**Frankel.**

Nachm. 4 Uhr, beim Wirth Edart.

Tages-Ordnung:

1. Anmeldung neuer Mitglieder.
2. Zahlung der Beträge.
3. Verschiedenes.

Fordere hauptsächlich die sämtigen Mitglieder auf, ihren Pflichten besser nachzukommen, da sonst die Zeitung nicht mehr zugestellt wird.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Vertrauensmann.

**Hämpten-Mellinghofen.**

Nachmittags 5 Uhr,

beim Wirth Bth. Kuhn, Mellinghofen.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung der letzten drei Monate.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Stellungnahme zur Knappschaftsältestenwahl.

**Harop.**

Nachm. 4 Uhr, beim Wirth Eisenhuth.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehenden Knappschaftsältestenwahlen.

Alle Mitglieder werden gebeten zu erscheinen.

Der Vertrauensmann.

**Hahlhausen 2.**

Vormittags 11 Uhr, beim Wirth

Heinr. Reiter.

Da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, so wird pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet.